

Kerstin für Rostock!

Macht es überhaupt Sinn, mit einer eigenen Kandidatin zur OB-Wahl anzutreten, fragte mich eine liebe Genossin kurz vor dem Nominierungsparteitag. Ja, sagte ich. Wart nur ab! Sie blieb skeptisch. Und dann noch eine aus Berlin! Na ja.

Drei Stunden später war jegliche Skepsis verfliegen. Die Rostocker LINKE hatte auf dem Kreisparteitag ihre Kandidatin zur OB-Wahl im Februar gekürt. Ohne Gegenstimme! Kerstin Liebich will und wird das Rostocker Rathaus erobern.



Nur drei Monate habe DIE LINKE Zeit, ihre Kandidatin bekannt zu machen, unkte die OZ. Die Aufgabe ist schwierig und einfach zugleich. Denn Kerstin hat alles, was man für einen erfolgreichen Wahlkampf braucht: Kompetenz, Erfahrung und ein erfrischend sympathisches Auftreten. Die Genossin Marianne Löpp brachte die Stimmung im Saal auf den Punkt: Das Leben hätte sie misstrauisch gegenüber Fremden gemacht, bei Kerstin sei es etwas ganz Anderes. Kerstin Liebich hatte die Herzen der Delegierten im Sturm erobert.

Wie so viele junge Frauen verließ

Kerstin ihre Mecklenburger Heimat einst wegen fehlender beruflicher Perspektiven. Nun kehrt sie zurück. Was für ein Signal an die Rostockerinnen und Rostocker! Und was für eine Chance auch für unsere Partei, denn man stelle sich die langen Gesichter bei der politischen Konkurrenz vor, frohlockte Steffen Bockhahn, wenn in der Tagesschau im Februar eine kurze Nachricht lautet: „Rostock bekommt eine linke Oberbürgermeisterin.“

Nun steht uns ein intensiver Wahlkampf bevor. Unser erstes Ziel wird sein, am 5. Februar in die Stichwahl zu kommen. Die Chancen stehen nicht schlecht, wenn DIE LINKE ihr Wählerpotential in Rostock voll ausschöpft. Unterlagen für die Briefwahl können übrigens schon heute formlos im Rathaus angefordert werden. Adresse: Rathaus, 18055 Rostock.

Text: Carsten Penzlin, Foto: DIG

In dieser Ausgabe

■ Seite 2 : Editorial
■ Seite 3 : Kerstin Liebich
Seite 4 : Erfurt
Seite 5 : Occupy
Seite 6 : Landkreis Rostock
Seite 7 : Leserbrief
Seite 8/9 : Seniorenpolitik

Seite 10 : Platt + Fairtrade
Seite 11 : Leserbrief
Seite 12 : Landespolitik
Seite 13 : im Bundestag
Seite 14/15 : Platt + Termine
Seite 16 : schlechte Verlierer

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Oktober brachte unsere Partei einen großen Schritt voran. Endlich haben wir ein Programm für DIE LINKE (vorbehaltlich des Mitgliederentscheides). Und die quälenden Personaldebatten in unserer Partei gehen an Rostock vorbei, denn wir haben uns entschieden: Kerstin Liebich soll Oberbürgermeisterin werden. Mehr dazu in diesem Klartext.

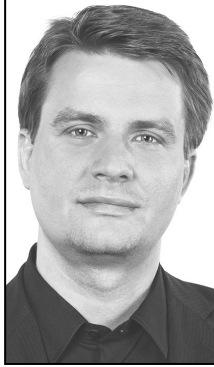
Ein paar kritische Worte zum Erfurter Parteitag werden erlaubt sein. Bei aller Freude über die einmütige Zustimmung zum Programm muss man doch feststellen, dass sich in Erfurt die breite Beteiligung der Basis an der Programmdiskussion als Potemkinsches Dorf entpuppt hat. Wie es dazu kam, könnt Ihr auf den Seiten 4 und 5 nachlesen.

Die Kreisverbände Güstrow und Bad Doberan haben fusioniert und Frank Jegust zum neuen Kreisvorsitzenden bestimmt. Auf Seite 6 stellt er sich vor. Viel

Erfolg und Freude im neuen Amt!

Die Freunde des Plattdeutschen kommen in dieser Ausgabe wieder auf Ihre Kosten. Leserbriefe gibt es auch. Und Karl-Ludwig Spengler widmet sich dem wichtigen Thema Pflege. Die nächste Ausgabe des Klartext erscheint Mitte Dezember und wird eine Doppelausgabe für Dezember und Januar sein.

Viel Vergnügen beim Lesen wünscht
Carsten Penzlin



KLARTEXT online

Im kommenden Sommer soll auf einem Parteitag der LINKE-Parteivorstand neu gewählt werden. Zwei Tage nach Ende des Erfurter Parteitages gab Gesine Lötzsch die folgende schriftliche Erklärung ab:

Der Parteitag war ein großer Erfolg. Mit 96,9 Prozent haben wir ein Programm verabschiedet. Darüber freue ich mich. Die meisten Probleme wurden schon vor dem Parteitag in langen Sitzungen des Parteivorstandes gelöst. Dass das gelungen ist, ist auch ein Verdienst von Klaus Ernst und mir. Das sollten auch unsere Kritiker anerkennen. Jetzt geht es darum das Programm mit viel Elan umzusetzen. Dafür brauchen wir Geschlossenheit und viele gute Ideen. Ich bekam gestern viele Anrufe von Mitgliedern der Partei, die ihre Besorgnis geäußert haben, dass der alte Streit um die Parteiführung wieder beginnt. Wer jetzt alte Debatten über die Parteispitze wieder aufwärmt, schadet der Partei und missachtet das Votum des Parteitags. Um weitere Spekulationen über meine Person zu beenden, habe ich mich entschlossen, klare Entscheidungen zu treffen. In unserem Programm haben wir uns für mehr Demokratie und mehr Transparenz aus-

gesprochen. Ich fange bei mir selbst an. Über Parteivorsitzende soll in Zukunft nicht mehr in Hinterzimmern entschieden werden, sondern auf der offenen Bühne des Parteitages. Das ist demokratisch und transparent. Ich trete beim nächsten Bundesparteitag als Parteivorsitzende wieder an. Damit will ich das Katz und Mausspiel beenden. Ich möchte mit dieser Entscheidung Klarheit für die Mitglieder schaffen, die dieser Debatte überdrüssig sind. Ich möchte denen Mut machen, die als Parteivorsitzende kandidieren wollen und immer noch zögern. Wir brauchen jetzt Klarheit für die Mitgliedschaft, damit wir uns wieder den drängenden Problemen der Menschen widmen können.

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE.Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Stephanstraße 17
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE.Landkreis
Rostock

Geschäftsstelle Bad Doberan
Marktstraße 1
18209 Bad Doberan
Telefon: 038203-62391
Telefax: 038203-62180
E-Mail: dbr@die-linke-mv.de
Internet:
www.dielinke-baddoberan.de

Geschäftsstelle Güstrow
Markt 34
18263 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: guestrow@die-linke-mv.de

Redaktion:
Edeltraud Crepon,
Maren Haase, Lars Kulesch,
Dr. Carsten Penzlin, Jörn Schulz,
Katharina Schlaack

Internet:
www.klartext.linkspartei-rostock.de
E-Mail: redaktionklartext@yahoo.de

Layout:
Andreas Reinke

Stadtdruckerei Weidner
Auflage: 1.200

Spendenkonten der LINKEN:

Bad Doberan:	Rostock:
KNr: 1015583	KNr: 430002084
BLZ: 13061128	BLZ: 13050000
Raiffeisenbank	OSPA-Rostock

Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor. Die vollständige Fassung eines gekürzten Beitrages erscheint in der Online-Ausgabe des KLARTEXT, sofern sie frei von persönlichen Diffamierungen und Beleidigungen ist.

Abonnement:
2,00 € pro Monat
(Spende + Versandkosten)

Kerstin Liebich für Rostock

Am 3. November 2011 wählte der Kreisparteitag der LINKEN in Rostock ohne Gegenstimme die Kandidatin für die kommende Oberbürgermeisterwahl. Kerstin Liebich wird am 5. Februar 2012 für die LINKE antreten.

Rostock attraktiv - Gute Arbeit und Bedingungen für Wissenschaft und Kultur
Kerstin Liebich:

„Ich bin eine Rückkehrerin. Und ich möchte, dass mehr Menschen nach Rostock zurückkehren. Dafür brauchen wir gute Arbeit. Wir sollten all denen den roten Teppich ausrollen, die nachhaltige Arbeitsplätze in die Stadt bringen, die nicht auf prekäre Beschäftigung setzen. Im Sinne der alten Hanse stellen wir an unsere Unternehmen den Anspruch, dass sie wie ehrbare Kaufleute agieren. Das beinhaltet soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit. Ich möchte einen Industriedialog anstoßen, Fragen der Fachkräftesicherung beantworten und gute Bedingungen in den Unternehmen diskutieren.“

Nicht ohne unser Theater!
Kerstin Liebich:

„In Rostock will ich unser Theater unterstützen. Ich will nicht darüber reden, ob wir das Volkstheater erhalten, sondern wie es zukünftig aussehen soll. Ich will über Qualität reden, damit die Besucherzahlen stimmen und die Rostockerinnen und Rostocker gern in ihr Theater gehen. Aber auch die vielen Gäste in unserer Stadt sollen sich zu Hause an den schönen kulturellen Abend im Rostocker Volkstheater erinnern können und wiederkommen.“

Haushalten mit Augenmaß
Kerstin Liebich:

„Seit vielen Jahren muss auch Rostock mehr und mehr Aufgaben finanzieren, die durch Bundes- und Landesgesetze bestimmt werden. Doch wer Leistungen bestellt, sollte sie auch bezahlen. Aufgaben können nicht einfach übertragen werden, ohne dass dafür ein finanzieller Gegenwert zur Verfügung gestellt wird. Gleichzeitig stagnieren oder sinken die Zuschüsse des Landes in die Stadtkasse. Dennoch lautet das Diktat der Landesregierung Sparen, da Rostock Schulden abbauen muss. Aber ist es nicht verantwortungsbewusst, zu Gunsten einer festgeschriebenen Rate auf Investitionen zu verzichten. Konstruktiv

möchte ich mich mit den Entscheidungsträgern auf Landesebene auseinandersetzen, damit wir in Rostock eine solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik machen können.“

Kommunales Eigentum
Kerstin Liebich:

„Kommunales Eigentum sichert die Daseinsvorsorge, deshalb würde ein Verkauf langfristig die Einnahmesituation der Stadt verschlechtern. Zudem würde die Stadt Steuerungsmöglichkeiten verlieren. Verantwortungslos ist, wer die kommunale Daseinsvorsorge im Krankenhaus, bei Wasser, Strom, Wohnungen und Müllentsorgung aufgibt und alles dem freien Markt mit Lohndumping, Serviceabbau und Preissteigerungen überlässt.“

möchte wissen, wo unsere Hotels ihre Wäsche waschen, woher die Lebensmittel in der Küche kommen oder die Kosmetik in den Hotelzimmern. Wie bereite ich das Warmwasser auf und wie entsorge ich meine Abfälle? Nachhaltig Urlaub machen, das ist im Trend, das hat Zukunft.“

Transparenz und Teilhabe
Kerstin Liebich:

„In der Stadtpolitik mangelt es an einem konstruktiven Austausch. Das Dreieck aus Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft muss wieder in eine Balance gebracht werden. Man arbeitet nur nebeneinander und im schlimmsten Fall sogar gegeneinander. Das muss sich ändern! Mit dem Kopf durch die Wand, das wird es mit mir



Tourismus neu verantworten
Kerstin Liebich:

„Der Tourismus ist ein wichtiges Standbein. Wenn wir uns im Wettbewerb behaupten wollen, brauchen wir bessere Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und wir müssen uns auf die Bedürfnisse der Gäste einstellen. Es ist nicht klug, mehr und mehr Hotels zu bauen. Ich möchte fragen, wie ökologisch das Hotelgewerbe in Rostock ist. Immer mehr Menschen wollen bewusst ihren Urlaub verbringen. Zahlreiche Unternehmen setzen bereits erfolgreich auf Nachhaltigkeitsketten. Was muss getan werden, damit diese Form von Urlaub nicht nur wenigen vorbehalten bleibt, sondern viele sich das leisten können? Ich

nicht geben. Ich stehe für einen konstruktiven Austausch, für ein offenes Miteinander. Feste Strukturen der Bürgerbeteiligung gehören für mich dazu.“

www.rostock-lieb-ich.de



Mit 96,9 Prozent wurde in Erfurt das erste Grundsatzprogramm der LINKEN beschlossen.

Die Debatten über den Entwurf zeigten nicht nur auf diesem Parteitag die Pluralität der Ansichten innerhalb der Linkspartei, doch letztlich erwies sich das Ziel „demokratischer Sozialismus“ als einigendes Band über die Flügel der LINKEN hinweg. In den Redebeiträgen zeigte sich vom Welterklärer bis zum aktiven Kommunalpolitiker wieder die ganze Bandbreite der Partei, die laut Mathias Höhn (stv. Vorsitzender) zugleich Motor gesellschaftlicher Veränderung als auch Kümmererpartei im bestehenden System sein soll. Wer die Übertragung auf Phoenix oder im lausig funktionierenden Internet-Livestream verfolgte, spürte die Nuancen in den Redebeiträgen. Sahra Wagenknecht spricht zu Recht von einem Programm, das eint, nicht spaltet. Jetzt haben die Mitglieder der Partei das Wort. Sie erhalten das neue Programm per Post und haben ab dem 17. November vier Wochen Zeit, Ja oder Nein zu dem zu sagen, was die Delegierten in Erfurt beschlossen haben. Noch vor Weihnachten wird das Ergebnis feststehen. Der Mitgliederentscheid wird am 18. Dezember ab 10 Uhr unter Leitung der Abstimmungskommission der Bundesgeschäftsstelle (Karl-Liebknecht-Haus) ausgezählt.

Der eine oder andere Genosse wird sich bei der Lektüre fragen, was aus seinem Beitrag zur Programmdiskussion geworden ist. Viele Arbeitsgemeinschaften, Basisorganisationen oder Einzelpersonen hatten sich mit Änderungsvorschlägen in die Debatte eingebracht. Etwa 1.400 Änderungsanträge lagen am Ende vor. 18 Anträge wurden auf dem Parteitag berücksichtigt. Der Parteivorstand hatte bereits vor dem Parteitag kräftig gesiebt und sich einige Vorschläge zu Eigen gemacht, wenn sie das fragile Gleichgewicht zwischen den Strömungen nicht in Gefahr brachten. In Erfurt begann man schließlich mit der Beratung weiterer Anträge.

Am frühen Samstagabend wurde klar, dass sich laut Zeitplan der Parteitag sieben Stunden im Rückstand befand. Was war passiert? Eigentlich nichts, außer dass ein wenig über das Für und Wider von An-

trägen diskutiert worden war. Das konnte man von einem Programm-Parteitag erwarten, wir sind ja nicht die SPD. Die Lösung sah man darin, dass im Block darüber abgestimmt wurde, ob sich die Delegierten überhaupt mit Änderungsanträgen zu bestimmten Abschnitten befassen mochten. Meistens mochten sie nicht. In den folgenden Stunden gab es etliche Unterbrechungen, um über die Geschäftsordnung zu debattieren, denn manch ein Delegierter konnte es nicht fassen, dass sein Beitrag zum Programm dem rigiden Zeitmanagement zum Opfer fallen soll-



te. So zum Beispiel die Anträge zum Abschnitt „DDR-Geschichte“, die meist von westdeutschen Kreisverbänden kamen. Dort hatte man Zweifel, ob man im Falle der DDR von einem „Sozialismusversuch“ sprechen könne, denn das Gesellschaftssystem der DDR sei ja nun wirklich kein Sozialismus gewesen. Auch die Friedenspolitik der DDR wurde unter Verweis auf die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ als reines Lippenbekenntnis abgewertet.

Am Sonntagnachmittag hatte der Parteitag noch über zahlreiche Anträge zu Satzungsänderungen zu befinden. Hier sind die Hürden besonders hoch, denn mindestens zwei Drittel aller gewählten Delegierten müssen einer solchen Änderung zustimmen. Da sich zu diesem späten Zeitpunkt viele Delegierte schon auf dem Heimweg befanden, blieb die Satzung weitgehend unverändert.

Mit fühlbarer Enttäuschung nahmen die Medien zur Kenntnis, dass keiner der Parteitagsredner zum Sturz der Parteiführung aufrief und es generell trotz Meinungsunterschieden sehr gesittet zugeht. Sie kamen doch noch auf ihre Kosten, denn von

den 18 Anträgen, die durchkamen, befasste sich einer mit der Drogenproblematik. Die Freigabe des Cannabiskonsums ist schon lange ein Anliegen vieler Genossen. Der Thüringer Abgeordnete Frank Tempel argumentierte nun, die Unterscheidung zwischen weichen und harten Drogen sei willkürlich. Das stimmt, ändert aber meines Erachtens nichts am Sinn einer Differenzierung. Alkohol ist schließlich nicht mit Heroin gleichzusetzen. Trotzdem strich der Parteitag das Wort „weiche“ im Programm und forderte somit die Freigabe aller Drogen: „Wir treten daher für eine rationale und humane Drogenpolitik ein, was eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und langfristig eine Legalisierung aller Drogen beinhaltet.“ Das wurde zum Anhänger in den Nachrichtensendungen. Die Schreiber des Parteiprogramms waren daran nicht ganz unschuldig, denn der Absatz zu Drogen war ohnehin sehr interpretierbar formuliert. Die nun folgende Intervention der Parteiführung, die kontrollierte Drogenfreigabe ausdrücklich auf Süchtige zu beschränken, war inhaltlich vernünftig. Von der Form her bot

die Rückholung des angenommenen Änderungsantrags aber Diskussionsstoff. Der Verweis auf die Berichterstattung in der Tagesschau als Grund für den Rückzieher machte in den Augen vieler Delegierter nun auch die LINKE zu einer „Partei der Stöckchenspringer“. Genosse Tempel quittierte den Vorgang mit Kopfschütteln. Keine Ahnung von der Fachdiskussion hätten die Genossen, maulte er.

Der Komiker Harald Schmidt meinte wenige Tage später süffisant, für DIE LINKE sei es von „Ex-Stasi zu Ecstasy“ ein langer Weg gewesen. Harald Schmidt und DIE LINKE haben in etwa das gleiche Problem: Die Inhalte überzeugen meistens, aber die Quote stimmt nicht. Beide liegen nur knapp über 5 %. Warum das so ist, konnte auch in Erfurt niemand sagen. Vielleicht weiß der Genosse Tempel da mehr.

Carsten Penzlin

„Occupy“ – Profiteure der Krise zur Kasse!

Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Oktober 2011, vom Erfurter Parteitag am 21. Oktober 2011 per Akklamation bestätigt

Wut auf und Widerstand gegen diese Finanzmafia, die sich auf Kosten von Beschäftigten, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern bereichert, ist nötig. DIE LINKE solidarisiert sich mit den weltweiten Protesten der OCCUPY-Bewegung, die am 15. Oktober 2011 in mehr als 480 Städten stattgefunden haben. DIE LINKE verurteilt alle Versuche, diese Bewegung gegen Bankenmacht und Zockermentalität zu kriminalisieren, und fordert die Verantwortlichen auf, weitere Protestaktionen wie das Zelten vor Banken und Parlamenten nicht zu verhindern.

Nach der Erweiterung des Eurorettungsschirms auf 780 Milliarden Euro sollen auf dem Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs am 23. Oktober 2011 in Brüssel durch eine Aufblähung („Hebelung“) des Betrags weitere finanzielle Risiken zu Lasten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa eingegangen werden.

Was die Euro-Regierungschefs – allen voran die deutsche Bundeskanzlerin – unter einer Euro-Rettung versteht, muss als Verarmungsprogramm für die Bevölkerungen der Krisenländer bezeichnet werden. Die radikale Kürzungspolitik, die Ländern wie Griechenland und Portugal aufgezwungen wird, ist aber nicht nur sozial zutiefst ungerecht. Sie ist auch ökonomisch unsinnig. Stattdessen muss den Euro-Krisengewinnlern, vor allem den Spekulanten der Finanzmafia, durch ein rabiaten Verbot einer Vielzahl von windigen Finanzkonstrukten (z.B. Leerverkäufe, ungedeckte

Kreditausfallversicherungen CDS etc.) das Handwerk gelegt werden.

DIE LINKE hat als einzige Fraktion am 29. September 2011 den erweiterten Eurorettungsschirm im Bundestag abgelehnt, während alle anderen Fraktionen mit immer mehr Steuerzahlergeld ein in dieser Form unwirksames, dafür aber unglaublich teures Krisenmanagement fortführen. Die einzigen, die mit Sicherheit von dieser Politik profitieren, sind die Spekulanten. Für Griechenland hingegen ist es ein weiterer Rettungsring aus Blei. In seiner jetzigen Form festigt die „Euro-Rettung“ die Diktatur der Finanzmärkte, sie ist daher letztlich ein Angriff auf die Demokratie in Europa.

DIE LINKE ist Teil der demokratischen Erneuerungsbewegung für Europa. Sie unterstützt den Widerstand von Beschäftigten und Gewerkschaften gegen die unsozialen Kürzungsaufgaben in Europa.

DIE LINKE unterstützt die deutsch-französische Initiative der französischen Nationalversammlung und im Bundestag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer 2012 in Deutschland und Frankreich. DIE LINKE will das europäische Banken- und Finanzsystem dauerhaft unter öffentliche Kontrolle nehmen. Notwendige Rekapitalisierungen von Banken bei einem Schuldenschnitt Griechenlands mit

Steuergeldern müssen an die Mehrheitsbeteiligungen für die öffentliche Hand an diesen Banken geknüpft werden. Es muss endlich eine wirksame europäische Vermögensabgabe eingeführt werden, um die



Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten. Die EU braucht neue vertragliche Grundlagen. DIE LINKE fordert einen Neustart der EU mit einer Revision der neoliberalen, militaristischen und undemokratischen Bestimmungen der europäischen Verträge. Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein. Solidarität mit dem Widerstand gegen die Finanzmafia!

Fotos:

1. cc-by-nc Mary K Lyman/flicker.com
2. cc-by-nc Stephen Downes/flicker.com



Ein Weg

Gedanken des neuen Kreisvorsitzenden „Landkreis Rostock“ Frank Jegust



Unmittelbar nach meiner Wahl zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes „Landkreis Rostock“ wurde ich von einem Reporter einer regionalen Tageszeitung zu einem Interview gebeten. Trotz vieler Wortspiele waren eigentlich nur drei entscheidende Fragestellungen erkennbar, die Gründe meiner Mitgliedschaft, die politische Biografie bzw. eine kurze Beschreibung meiner Arbeit als Vorsitzender.

Auf die erste Frage antwortete ich kurz: „DIE LINKE. ist die einzige Partei, welche sich konsequent für Frieden, Gerechtigkeit und für ein menschenwürdiges Leben einsetzt.“ Tage später beschäftigte mich diese Frage eigentlich immer noch. Begriffe wie die kommunale Finanzierung, der Erhalt der Musikschulen, die Verhinderung der Privatisierung von landwirtschaftlichen Nutzflächen bzw. Kinderarmut spielten in meinen Überlegungen eine Rolle.

Darüber hinaus sind es die spontanen, alltäglichen Begebenheiten, die mitunter Spuren hinterlassen. Wie so oft auf dem Weg zur Schule traf ich spielende Kinder. An diesem Morgen war es sehr kalt. Deshalb fiel mir besonders ein Mädchen

auf, welches auffällig in einer dünnen Jacke und in Stoffturnschuhen bekleidet war. Später erzählte mir eine Kollegin, dass eben dieses Mädchen wieder ohne Frühstück in der Schule war. Durch diese Begebenheit wurde mir wieder einmal ins Bewusstsein gerufen, dass die Zahl der Benachteiligten und der sozial Schwachen in den Regionen bzw. in Mecklenburg-Vorpommern im Ansteigen begriffen ist. Es sind gerade jene Menschen, die oftmals gesellschaftlich ignoriert, stigmatisiert und als Randgruppen einer scheinbar gut situierten bürgerlichen Gesellschaft nicht wahrgenommen werden, die die sozialen Probleme einer Gesellschaft widerspiegeln. 600 Euro monatliches Grundeinkommen, oft in Stadtvierteln lebend, in denen fast jeder Einwohner das gleiche Schicksal teilt, bewirken mitunter auch beim Stärksten den Verlust des Selbstvertrauens, der Kollektivität und der gesellschaftliche Teilhabe.

Erstmals vertrat ich in diesem Jahr unsere Partei als Land- und Kreistagskandidat. In jeder Podiumsdiskussion erlebte ich die Richtigkeit unseres Wahlprogramms und dennoch die Befürwortung der anderen politischen Meinungen durch das Publikum. Besonders scharfsinnig verfolgte ich die Darlegungen meines SPD-Mitbewerbers, da in unserer Partei offen von einer möglichen Koalition gesprochen wurde. In den Ausführungen waren zunächst Schnittmengen festzustellen. Ebenso fielen mir große Unterschiede zum Beispiel in den Bereichen Bildung, Wirtschaftsförderung und Mindestlohn auf. Im Nachhinein bin ich froh, dass die SPD mit der CDU eine Koalition einging. Ich meine, dass dieser Entwicklungsschritt uns einerseits die Möglichkeit gibt, die innerparteiliche Exegese zu verlassen, die bisher nur zur Zerrissenheit führte. Andererseits sollten wir inhaltliche Diskussionen weiterführen

mit dem Ziel, unser Profil zu schärfen und endgültig den politischen Mainstream verlassen. Ich hoffe inständig, dass der kommende Bundesparteitag hierzu entscheidende Signale gibt.

Im Juni 2008 wurde ich Mitglied der Partei. Im folgenden Jahr wählten mich die Genossinnen und Genossen in den Kreisvorstand. Auf die Interviewfrage, wie ich mir die Arbeitsweise als neuer Kreisvorsitzende vorstellen würde, sprach ich über Ver-netzungen unserer Gremien und über Mitgestaltbarkeit der Politik. In einem Buch von Johanna Klatt und Franz Walter fand ich eine Textstelle, die sehr treffend mein Aufgabenverständnis als Kreisvorsitzender beschreibt: „Aktivisten von Parteien und Gewerkschaften sind vor Ort den Benachteiligten nicht bekannt. Sie scheinen anderen Kontaktkreisen und fernen Lebenswelten anzugehören. Parteien müssen sichtbarer werden und aktiv ihre kommunalen politischen Strukturen wie Stadträte und Ortsvereine stärken. Die Beurteilung von Parteien hinge auch davon ab, ob sie etwas zur Verbesserung der Lebenslage im konkreten Wohnumfeld leisten.“ (Klatt, Walter 2011: 254)

In den letzten Wochen vor der Landtagswahl spielten die Medien die Klaviatur der „Realos“ und der „Fundis“. Jene Frage hatte ich außerdem erwartet. Ich bin weder in der einen noch in der anderen LAG Mitglied. Gleichwohl stehe ich für eine klare linke Politik, die beispielsweise in den Traditionen der Arbeiterklasse steht und sich in den Grundsätzen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wieder findet.

Literaturverzeichnis

Klatt, Johanna/Walter, Franz (2011): Sozial Benachteiligte und Engagement, Bielefeld

Fortsetzung des Leserbriefes von Günter Brock aus der Oktober-Ausgabe des Klartext:

... ja, wenn nicht die Partei endlich die Rechnung ihres Lebens aufmacht. Und die heißt:

Asche aufs Haupt! Das Volk, unser Volk, aus dem wir ausgetreten waren, hat Recht getan. Seine „Wende“ muss auch unsere Wende gewesen sein. Niemand ist dadurch so tiefgreifend befreit worden wie wir, befreit von einer Last und einer Verantwortung, die wir schon lange Jahre zuvor nur noch mit immer mehr Machtmissbrauch aufrecht erhalten konnten.

Es war unser Volk, das uns mit der Nase hinein gestoßen hat, wo wir hin gehören, hingehören, wo die natürlichen und geschichtlich entstandenen Bedingungen für einen sozialistischen Weg vorhanden sind, wo das Volk jedes Jahr ein Inlandprodukt von 2 200 Milliarden Euro produziert. Schluss damit, dass davon jedes Jahr 600 Milliarden (also ein Viertel des Nationaleinkommens nach Investition der Produktion, nach Abgaben an den Staat und Steuern!) als Reingewinn der Unternehmer verprasst werden oder auf die Banken gehen, wo sie noch mal Millionen Euro Zinsen bringen (Statistisches Jahrbuch der BRD)! Schluss mit der stillschweigenden Duldung dieses zum Himmel schreienden Unrechts.

Schluss aber eben auch mit der Reinwaschung des real gewesenen Sozialismus. Über ihn hat sich nun mal unser Volk eine Meinung gebildet, an der aus meiner Erfahrung kein Rütteln möglich ist. Im Gegenteil – jeder noch so gut gemeinter und begründeter Versuch bewirkt nur die eine Reaktion: „Na, die Linken, da hast du es – sie können sich nicht von ihrer Vergangenheit trennen. Bloß die nicht wählen, dann bringen sie uns noch einmal hinter eine Mauer!“ Schluss auch mit der Illusion, die Partei könnte auf parlamentarischem Weg nachhaltig zum Zuge kommen. Auch in dieser Frage ist unser Volk wieder klüger als die Partei und nimmt z. B. Wahlen immer weniger ernst. Auch dort machen nun mal die Banken die Geschichte, indem sie „Regierungen“ zwingen, noch mehr „Schulden“ zu machen. Zu Deutsch: die Politik von ihrem Willen abhängig machen. Obama lässt grüßen. Die die Arbeit nehmen, nennen sich (und wir plappern das nach) Arbeit“geber“, und die dem Volk das Geld wegnehmen, nennen sich „Gläubiger“ – so wird uns die Welt auf den Kopf gestellt!

Wo bleibt da der gesunde Menschenverstand?

Gewiss – das System existiert nun schon über 6 000 Jahre lang. Aber – bislang ging es um Millionen. Auch das war schon schlimm – die Krise von 1929 und die Lösung jener Volkseinteilung 1945 lassen grüßen. Heute aber geht es bereits um Milliarden, ja, sogar schon um Billionen, mit denen da geprasst, gepokert und Kriegführung betrieben wird. Das nennt sich dann „soziale Marktwirtschaft“. Kann man es da noch dulden, dass „das Geld die Welt regiert“? Was heißt da „demokratischer Sozialismus“? Demokratie auch für die Geldräuber, Spekulanten und Kriegstreiber? Das kann ja wohl der „andere Weg“ nicht sein.

Also – Kommunismus? Da gehen allen Menschen die Haare hoch. Woher sollen sie auch wissen, was das Wort wirklich bedeutet? Wer sagt ihnen noch, dass damit eine Solidargemeinschaft der Menschen gemeint ist, wie sie einst zig-tausend Jahre lang auf Erden herrschte. Wer erinnert sie schon noch daran, dass dafür nur eine einzige Voraussetzung nötig ist: kein Geld, sondern ausreichende Mengen an allem, was der Mensch braucht. Wer sieht schon mit eigenen Augen, dass in einem Land wie der Bundesrepublik diese Voraussetzung längst erfüllt ist und sofort noch mehr erfüllt werden könnte, wenn nicht mehr rund sieben Millionen arbeitsfähiger Bürger auf die Armen-Tafel geschickt werden, sondern sechs mal die Woche sechs Stunden fleißig arbeiten „dürften“ und das auch in jedem Laden beweisen können. Überhaupt kein Problem im höchstentwickelten Industrieland Europas!

Da bräuchte man kein Geld mehr, erst Recht nicht irgendwelche Millionäre oder

gar Bankbesitzer.

Sogar für Extra-Wünsche kann gesorgt werden. „Sie wollen ein Eigenheim? Warum brauchen Sie das?“, „Sie wollen im Porsche fahren? Wie lange – eine Stunde, einen Tag, einen Monat? – bitte sehr!“, „Sie wollen auf Mallorca Urlaub machen? Wie lang ist ihr Urlaub? 1000 spanische Euro – bitte sehr und Basta!“ Kein Problem, wenn es keine Millionäre mehr gibt!

„Kann man doch alles nicht ernst nehmen“, sagt da der Leser. Kann man aber sehr wohl, sechshundert Milliarden Euro jedes Jahr stehen zur Verfügung, deutlich zu lesen im Statistischen Jahrbuch für die Bundesrepublik. Das „Büchlein“ weiß natürlich, warum es 70 Euro kostet und das auch noch nur in wenigen Spezialbuchhandlungen, Absatz „Wirtschaftliche Gesamtangaben“.

Dem Büchlein kann man allerdings auch entnehmen, dass zu dem Staat, den sich Unternehmer und Banken geschaffen haben, auch Armee, Polizei, biblische Pharisäer (Politiker), Schriftgelehrte (Rechtsanwälte) und falsche Propheten (Medienbetreiber) gehören. Die wissen natürlich, dass das Geld als vornehmste Funktion die Erhaltung des Geldes hat.

Also wird nichts aus so einem „neuen Weg“?

Nicht kleinmütig sein! Auch neue Wege kann man Schritt für Schritt gehen, Hauptsache man kennt sie.

Günter Brock, Rostock, 15.08.11

Runde Geburtstage Landkreis Rostock November 2011

Nico Arndt	BO XII Bad Doberan	19. Geburtstag
Fritz Brinkmann	BO Neubukow	90. Geburtstag
Ursula Dümmel	BO Amt Schwaan	82. Geburtstag
Karl-Heinz Gaede	BO Graal-Müritz	80. Geburtstag
Heinz Jachmann	BO Kröpelin	84. Geburtstag
Gerda Jannasch	BO II Bad Doberan	92. Geburtstag
Helmut Podszus	BO Neubukow	80. Geburtstag
Liesbeth Roloff	BO Kühlungsborn	81. Geburtstag
Fred Stein	BO X Bad Doberan	81. Geburtstag
Ilse Winter	BO Neubukow	83. Geburtstag
Herta Woelki	BO XII Bad Doberan	83. Geburtstag
Gerhard Ückert	BO II Bad Doberan	81. Geburtstag



Bericht zum „Jahr der Pflege 2011“

Dieses Jahr wurde zum „Jahr der Pflege“ ausgerufen. Wir haben den Monat November, das Jahr ist bald zu Ende und es hat sich auf dem Gebiet der Pflege nicht viel Neues getan. Es blieb bei vielen Ankündigungen.

In den Medien konnte man viel lesen über die Pflege und dem jetzt schon teilweise bestehenden Pflegenotstand in Deutschland und auch in unserem Land Mecklenburg - Vorpommern. Bei diesen Veröffentlichungen wurde meist die wirtschaftliche Dimension vernachlässigt. Was zum Beispiel pflegende Angehörige leisten, lässt sich durchaus auch in Zahlen ausdrücken. Ohne sie würden in Deutschland zurzeit 3,2 Millionen mehr Vollzeit-Pflegekräfte benötigt. Das wären zwischen 75 bis 145 Millionen Euro Lohnkosten, je nach zugrunde gelegten Stundenlohn, so VdK-Landesvorsitzender K-H. Fries in seiner Rede anlässlich des 6. Sozialen Forums des Sozialverbandes VdK NRW zum Thema: „Armut, Folge der Pflege, Gesundheits- und Grundsicherungsreform?“ Fries machte deutlich, daß in einem der reichsten Länder der Welt eine Abkehr von sozialstaatlicher Vorsorge und Versorgung - hin zu Privatisierung von sozialen Risiken - zu verzeichnen sei. In Deutschland herrscht in der gesundheitlichen, aber auch in der pflegerischen Versorgung eine deutliche Kluft zwischen Arm und Reich.

„Die derzeitige Gesundheits- und Pflegeversorgung zahlreicher Bevölkerungsgruppen ist absolut unzureichend. Mit geringem Einkommen kann man sich allenfalls eine Minipflege nach dem Prinzip „Satt und Sauber“ leisten, eine menschenwürdige Pflege sieht anders aus“, stellte der VdK Landesvorsitzender klar. Er wies darauf hin, dass die Vereinten Nationen in ihrem jüngsten Staatenbericht die deutsche Sozialpolitik rügten und Deutschland unter anderem einen Pflegenotstand attestierten. Pflege, Armut, so Fries, habe verschiedene Dimensionen - hierzu gehöre auch das Thema Altersarmut. Der Lohnsektor und brüchige Erwerbsbiografien, wie Arbeitslosigkeit, Teilzeit und befristete Beschäftigung, führten dazu - und in Zu-

kunft in verstärktem Maße - zu niedrigen Renten und somit in die Altersarmut. „Wir sprechen zurzeit von 7 Millionen Menschen in prekärer Beschäftigung, davon sind rund 80 % Frauen betroffen. Reicht die Rente nicht aus, muss der Staat einspringen, sei es bei der Angehörigenpflege oder der Unterbringung in der vollstationären Pflege. Subventionieren wir damit nicht indirekt die vielen Arbeitgeber, die Löhne zahlen, die nicht zur Sicherung des Existenzminimums reichen?“ Was erforderlich ist wissen wir. In diesem Kontext reicht es nicht, ein „Jahr der Pflege“ auszurufen und vielleicht noch ein Folgejahr oder gar eine Dekade. Aufschieberitis hat ihren Preis“, sagte der VdK-Landesvorsitzende. Ausgehend von der Tatsache, dass das Land Mecklenburg - Vorpommern im besonderem Maße vom demografischen Wandel betroffen ist, stellte das 7. Altenparlament am 26. Mai 2011 fest, dass der Anteil der alter Menschen an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren gedoppelt wird. Während sich insbesondere die Zahl der 75-jährigen bis zum Jahr 2030 verdoppelt, sinkt die Zahl der Erwerbsbevölkerung im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel. Bei sinkender Erwerbsbevölkerung wird es zunehmend schwieriger den wachsenden Bedarf an Pflegekräften zu sichern. Derzeit kommen auf eine ambulante oder stationär pflegebedürftige Person 0,52 Pflegekräfte. Das entspricht einen Anteil von 1,63 % aller Erwerbsfähigen. Bis zum Jahr 2030 müsste bei sinkender Zahl der Erwerbsbevölkerung bei den derzeit geltenden Standards 4,88 % aller Erwerbsfähigen als Pflegekraft tätig sein. Auch die Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige sind zu verbessern. Wie schon eingangs berichtet wurde, leisten pflegende Angehörige Enormes für die Gesellschaft, zahlen dafür aber einen hohen Preis. Obwohl Pflege durch Angehörige oft mit höherem Einsatz geleistet wird als professionelle Pflege, wird sie in der Pflegestufe I nur mit 440 Euro pro Monat vergütet, während professionellen Pflegern 1,023 Euro gezahlt werden (Stand Mai 2011). Die Arbeitsgruppe I des Vorbereitungs-

komitee zum 7. Altenparlament, in der ich auch tätig war, erarbeitete zum Thema: „Folgen des demografischen Wandels in Mecklenburg-Vorpommern - notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Pflege und hausärztlicher Versorgung“, ein Dokument, welches von den Delegierten des 7. Altenparlaments nach eingehender Diskussion einstimmig beschlossen wurde. In diesem Dokument fordern die Delegierten unter Punkt 4. zur Vermeidung eines Pflegenotstandes in den nächsten Jahren

- Maßnahmen zur Erweiterung der Kompetenz und Erhöhung der Attraktivität der Pflegeberufe;

- eine leistungsgerechte Bezahlung und Angleichung der Löhne Ost an West;

- mehr Möglichkeiten für eine berufs begleitende Qualifizierung und zur Umschulung anderer Heilhilfsberufen zur Pflegekraft und zwar ohne Abstriche an der Qualität der Ausbildung;

- eine einheitliche Finanzierung der Pflegeausbildung;

- Berufsbewerbung auch für männliche Pflegekräfte und Ausländer, Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse;

- Verbesserung der Personalbemessung in Heimen, Krankenhäusern und mobiler Pflege;

- Ausweitung des von den Krankenkassen als reguläre Leistung übernommene „AGnES - Projekte“, die weiter geht als bisher realisiert und geplant.

Unter Punkt 5. fordern wir zur Verbesserung und Erweiterung pflegeunterstützende Maßnahmen die

- konsequente Beachtung der Forderung ambulant vor teilstationär, teilstationär vor stationär;

- Erweiterung der Zahl der Kurzzeitpflegeplätze in Pflegeeinrichtungen;

- Konzepte zur Verbesserung der Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung zur Minderung von Pflegebedürftigkeit;

- Einführung und Durchsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes;

Unter Punkt 6. fordern wir zur Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen der pflegenden Angehörigen



unter anderem

- die Verlängerung des Anspruchs auf Freistellung zur Pflege;

- Lohnersatzzeiten während der Pflegezeit und Lohnfortzahlung während kurzzeitiger Freistellung;

- Sicherung des Rückkehrrechts in den Beruf nach Ende der Pflegezeit;

- Erhöhung des Pflegegeldes.

Liebe Leser, es steht eine Pflegereform ins Haus. Sie sollte schon in diesem Jahr kommen, wurde aber verschoben. „Wie weiter in der Pflege?“ Diese Frage stand im Mittelpunkt einer kürzlich stattfindenden Tagung des DGB, bei der Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sich deutlich zum Inkrafttreten der Pflegereform im ersten Halbjahr 2012 bekannte. Diese würde den Auftrag zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes mit beinhalten. Aber er würde später erst nachgereicht werden, denn hierzu gibt es noch viele offene Fragen zur Umsetzung des neuen Begriffs. In der nächsten Zeit müssen neue Wohnformen geschaffen werden, die ein barrierefreies Wohnen ermöglichen. Auch hierzu machten die Delegierten des 7. Altenparlaments entsprechende Forderungen an die Regierung und dem Landtag in Mecklenburg - Vorpommern. Die Bundesregierung hat am 20. Oktober 2011 den Weg frei gemacht für

die Einführung der Familienpflegezeit ab Januar 2012. Die Initiatoren des Gesetzes gehen davon aus, dass der Bedarf einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in Deutschland hoch ist. Von den 2,42 Millionen Menschen in Deutschland, die Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, werden knapp 1,7 Millionen Menschen zu Hause versorgt - durch Angehörige und ambulante Dienste. Die finanzielle Seite habe ich im Bericht über das „Jahr der Pflege 2011“ dargestellt. 76 % der Berufstätige möchten ihre Angehörigen so weit wie möglich selber betreuen. Nicht immer aber läßt sich dieser Wunsch nach familiärer Unterstützung verwirklichen. Zwar halten es mittlerweile 82 % der Geschäftsführer und Personalverantwortlichen für wichtig, dass es den Mitarbeitern erleichtert wird, ihre Familienangehörige zu pflegen. Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie belegt jedoch: Für 79 % der Berufstätige lassen sich Beruf und Pflege nicht vereinbaren. Hier soll das Modell der Familienpflegezeit der Bundesregierung ansetzen. Funktionsweise der Familienpflegezeit: Das Familienpflegegesetz sieht vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Wird zum Beispiel die Arbeitszeit in

der Pflegephase auf 50 % reduziert, erhalten die Beschäftigten weiterhin 75 % des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 % des Gehalts - so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Das Gesetz sieht vor, dass jeder Berufstätige, der die Pflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen muss. Die Versicherung endet mit dem letzten Tag der Lohnrückzahlungsphase der Familienpflegezeit. Genossinnen und Genossen, das ist der Pferdefuß dieses Gesetzes, denn es nutzt nur denjenigen, die einen sicheren Arbeitsplatz haben und es sich leisten können, vier Jahre lang auf ein Viertel ihres Einkommens zu verzichten. Von dieser Festlegung profitieren nach meiner Meinung die Arbeitgeber, die während der Pflegezeit die Differenz zwischen dem normalen Gehalt ihres Beschäftigten und dem während der Pflegezeit reduzierten Gehalt zinslos vom Bund erhalten. Der Arbeitnehmer muss diese Differenz nach der Pflegezeit, also wenn er wieder voll arbeitet, an den Arbeitgeber wieder zurückerzahlen. Wie schon bei der Riesterrente ist auch hier wieder die Versicherungsbranche der Nutznießer.

K-L. Spengler Vorsitzender der AG Seniorpolitik HRO

Aus der Arbeit des Landtages

Der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Dr. Hikmat Al-Sabty, besuchte im Oktober mehrmals die Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Jürgenstorf, um sich ein Bild über die Unterbringung zu machen.

Ausgangspunkt war ein Ende September an die Öffentlichkeit gerichteter Brief der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, in dem sie die unwürdigen Zustände in der Unterkunft beklagten. „Der Brief war ein Hilfeschrei und angesichts der Ausstattung und Lage der Einrichtung völlig verständlich“, erklärte Hikmat.

Die Heimbewohnerinnen und -bewohner seien räumlich und sozial isoliert, lebten

auf engstem Raum und hätten nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten der Lebens- und Freizeitgestaltung. „Der fehlende Kontakt zur einheimischen Bevölkerung tut ein Übriges, um die Situation unerträglich werden zu lassen.“ Die Lebensumstände der Heimbewohnerinnen und -bewohner führten langfristig zu ernsthaften physischen und psychischen Beeinträchtigungen. „Einige leben bereits seit acht oder mehr Jahren in der Unterkunft und sind nur noch Schatten ihrer selbst, verzweifelt und entmutigt“, so Hikmat Al-Sabty. „Das sind unhaltbare Zustände.“

Nach Ansicht der Linksfraktion brauchen Asylbewerberinnen und Asylbewerber Wohnmöglichkeiten mit direkter Anbin-

dung an eine funktionierende Infrastruktur. „Sie müssen Zugang haben zu Einrichtungen, Behörden, Ärzten, Anwälten sowie zu Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs“, betont Hikmat. Dazu gehörten unbedingt auch Kontaktmöglichkeiten zur einheimischen Bevölkerung. „Deshalb ist es dringend erforderlich, die Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf in eine größere Kommune zu verlegen oder die Bewohnerinnen und Bewohner auf andere Gemeinschaftsunterkünfte zu verteilen. Die beste Lösung wäre allerdings eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Diese Form muss langfristig zur Regelunterbringung werden.“



Gedanken üm einen „Stiern“

Nah ´n oll Gewohnheit kiek ick nachts ok ´mal ut mien Schlapstufenfinster hoch nah dei Stiern´. An ´n Himmel is mi upfoll´n, dat sik mennigmal ein „Stiern“ annersrüm as all dei annern bewägt, un zwors von West nah Ost. Dat kann astronomisch nich sien. Uterdem ist dit stirn´ähnliche Ubjekt bannig schnell, ok ein Stiernschnupp bewägt sik anners.

Dit Ungewisse hett mi doch kein Rauh laten un ick heff solang in´t Internet rüm-söcht bit ick dit rutkrägen heff:

Dat fragwürdig´ Ubjekt is dei bemannte ISS, dei von dei Sün reflektiert, heller as alle Stiern´ un Planeten, mit Twintigdu-send Stunden-km in 90 Minuten üm uns lerd scheest.

As mi dit bewusst wör, gülden miene iers-ten Gedanken Juri Gagarin und German Titow, dei 1961 as de iersten Minschen in´ Weltrum vörstött sünd un ut denn lersten Arbeiter- und Buernstaat keemen. Dorup bün ick hüt noch stolz!

Nah ´n II. Weltkrieg un denn opfervullen Sieg oewer denn Faschismus, leggte disse gigantische wissenschaftlich-technische un moralische Pioniertat Tügnis oewer dat

Potenzial von dei Sowjetunion af. Denn amerikanischen „Weltgendarm“ künn dit woll nich gefallen, un dei imperialistisch Finanzoligarchie forcierte denn ehren „Kollen Krieg“ gegen dei Sowjetunion un ok gegen dei DDR mit ´n „Krieg der Sterne“-Programm un verstärkten Antikommunismus.

So is ehr dat noch ´mal gelungen, dat sozialistische Lüchtfüer uttaulöschten, wat 1917 in Russland entzündt wör.

Hüt, wo ümmer noch Millionen Minschen in Elend un Krieg läben un starben, dat Monopolkapital einzig un allein för sik un nich för dei Armen einen Rettungsschirm nah denn annern upspannt, süllt wi uns an denn 7. November 1917 erinnern un doran denken: Dit har ganz anners kamen künt, wenn wi dei Upförrerung vont Manifest: „Proletariaer aller Länder vereinigt euch!“ richtig verstahn un ümsett harn. Wi süll´n uns zwei Dach späder, an´n 9. November, ok an dei düütschen Schicksalsdach erinnern, an denn sik ein ganz Johrhundert werrerspiegelt: Novemberrevolution, Hitlerputsch, Reichspogromnacht, Mauerfall!

Ick heff hüt Nacht werrer mal rupkäten, as dei ISS int Sichtfeld von Rostock keem. Ick har Glück, dei Station as Stiern vörbifleigen tau seihn un in Gedanken dei drei russischen und amerikanischen Astronauten grüßt, dei ehren Deinst dor daun för denn Minschheitsfoertschritt. Ick heff mi nu, im Nahdenken oewer uns Tied, ok an Immanuel Kant sien Würd´ erinnert, dei ick mal in´n Königsberger Dom läst heff: „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: Der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir.“

Dat seggt mi: Dei ümmer niege un taunehmende Bewunnerung und Ihrfurcht oewer dat Weltall un dei sik dorin vulltreckende Evolution sünd dor, oewer dat „moralische Gesetz“ in mi strüwt sik gegen dat, wat hüt mit dei Minschheit passiert. Wi sülln woll werrer mihr oewer Frieheit, Gliekheit un Bräuderlichkeit nahdenken, denn so as dat is, kann´t nich blieden!

Kurt Kaiser (Plattdütsch-Verein „Klön-sack-Rostocker 7“ e.V.)

Kaffeepause auf dem Doberaner Platz

In Anlehnung an die Kaffee.Pause.Fair, welche vorletzte Woche bundesweit veranstaltet wurde, habe ich am Freitagmorgen (14.10.2011) von 7.30 bis 9.00 Uhr auf dem Doberaner Platz kostenfreien fairtrade-Kaffee verteilt.

Diese Aktion sollte daran erinnern, dass wir verantwortungsbewusst und kritisch mit den Produkten des weltweiten Handels umgehen. Außerdem will Rostock laut Bürgerschaftsbeschluss fairtrade-Stadt sein und deshalb haben wir mit einer heißen Tasse Kaffee angefangen.

Euer Steffen



Foto:
Ronny Schmidt



Leserbrief von Rudolf Utesch

Die Wahl, eine Mehrheitsentscheidung?
 Ich suchte im Internet das Wahlergebnis bei den Erststimmen zur jüngsten Landtagswahl bei uns in Mecklenburg-Vorpommern. Unter der Adresse www.wahlen.mv.de fand ich die Pressemeldung der Landeswahlleiterin Doris Petersen-Goes Nr. 23/2011 vom 21.9.2011. Danach hatten wir 1.373.932 Wahlberechtigte, 708.111 Wahlbeteiligte und damit eine relative Wahlbeteiligung von 51,5 %.

Eine Angabe über die Anzahl der Nichtwähler und die Anzahl der gültigen und der ungültigen Stimmen vermisse ich in dieser Pressemeldung. Deshalb gab ich folgende Adresse ein, www.wahlen.de/news/2011/landtagswahl-mecklenburg-vorpommern-2011.htm. Dort fand ich, dass es bei dieser Wahl 27.427 ungültige Stimmen und 680.684 gültige Stimmen gegeben hat. Es ist mir aber gleich ein Widerspruch zwischen den relativen Wahlergebnissen bei den Erststimmen aufgefallen. Unter der erstgenannten Internetadresse sind 51,5 %, aber unter der zweitgenannten 51,8 % angegeben. Ich rechnete nach und fand heraus, dass 51,5 % richtig sind. Es mag nur ein Schreibfehler sein, aber in einer regierungsamtlichen Meldung dürfte ein solcher Schreibfehler nicht vorkommen!

Wie viele Wähler nicht zur Wahl gegangen sind, wird nicht ausgewiesen. Sie sind aber aus den veröffentlichten Daten erchenbar. Die Nichtwähler sind die Wahlberechtigten minus Wahlbeteiligte, also $1.373.932 - 708.111 = 665.821$, entspricht 48,5 % der Wahlberechtigten!

Schon bei vergangenen Wahlen und auch bei dieser Wahl hat mir nicht gefallen, dass bei der Ermittlung der Wahlbeteiligung von 100 % der Wahlberechtigten, aber bei der Ermittlung der prozentualen Stimmverteilung von 100 % der Wahlbeteiligten ausgegangen wird. Wird die veröffentlichte Ergebnisliste um eine Spalte erweitert, dann wird der Unterschied ersichtlich. In der ersten Spalte habe ich die Anzahl unverändert übernommen. In der zweiten Spalte habe ich die Prozentwerte unverändert übernommen, die ausgehend von der Wahlbeteiligung ermittelt sind. In der dritten Spalte habe ich die selbst errechneten

Prozentwerte ergänzte, wobei ich von den Wahlberechtigten ausgegangen bin.

Obwohl die Werte in Spalte 3 reale Werte sind, haben sie mich verlockt zu einem Was wäre wenn: Wenn bei der Wahl am 4.9. bei gleichbleibenden Werten in Spalte 1 alle Nichtwähler zur Wahl gegangen wären und hätten ungültige Wahlzettel abgegeben, stünden in Spalte 2 die gleichen Werte wie in Spalte 3. Dann hätten alle sieben aufgeführten Parteien zusammen nicht einmal 50 % aller Stimmen! Aus diesen Wahrscheinlichkeiten gilt es einige

sind sie im Gegensatz zu Nichtwählern Wahlbeteiligte. Sie entscheiden sich für oder gegen keine Partei, aber gegen das Wahlsystem protestieren sie. Sie bewirken mit ihrer Entscheidung das Gegenteil von dem, was ein Nichtwähler mit seiner Nichtteilnahme an der Wahl bewirkt.

3. Alle Parteien erfüllen ihre Pflicht nur mangelhaft, die Wähler durch Öffentlichkeits- und Aufklärungsarbeit über die Bedeutung und Wichtigkeit der Wahlen umfassend zu informieren.

In seinem Buch Demokratie oder Bonapar-

	Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
	Anzahl	% der Wahlbeteiligten	% der Wahlberechtigten
SPD	240.368	35,3	17,5
CDU	181.988	26,7	13,3
DIE LINKE	126.960	18,7	9,3
GRÜNE	56.006	8,2	4,1
NPD	39.613	5,8	2,9
FDP	22.054	3,2	1,6
PIRATEN	1.141	0,2	0,08

Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Sind Nichtwähler Demokraten? In der Tat sind die bereits vorab mit jedem Wahlergebnis einverstanden! Ihnen ist nicht klar, wem ihr Verhalten nutzt, es nützt rückwärts gewandten politischen Kräften. Sie sind auch mit einem Wahlsieg einverstanden, den eine Partei erringt, die eine Diktatur anstrebt!! Nichtwähler möchten Untertanen eines Diktaturregimes sein! Wollen die Nichtwähler das wirklich? Vor der Wahl hörte ich in vielen Gesprächen von mehreren Bürgern, dass sie nicht zu einer Wahl gehen wollen. Die Gründe waren verschieden. Am meisten wurde genannt, dass sie mit dem Wahlsystem nicht einverstanden sind oder dass auf dem Wahlzettel keine Partei bzw. Einzelperson steht, der sie vertrauen könnten. Untertanen wollten sie aber alle auf keinen Fall werden!

2. Sind Wähler, die ihren Wahlzettel ungültig machen, Protestierer? Ja, in der Tat

tismus gibt Prof. Domenico Losurdo gleich dem ersten Kapitel die Überschrift: Der Kampf um das Wahlrecht: Eine schwierige Geschichte, die noch nicht zu Ende ist. Gegenwärtig geht es in diesem Kampf um die Nichtwähler. Konservative Kräfte führen einen passiven und trotzdem sehr erfolgreichen Kampf darum, dass die Zahl derer, die ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen, zunimmt. Sollten sie es schaffen, dass über 50 % der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht nicht wahrnehmen werden, dann würden wir praktisch nur noch eine Halbdemokratie haben, die man natürlich auch eine Halbdiktatur nennen könnte. Deshalb sollten sich die progressiven Kräfte darauf konzentrieren, die Nichtwähler zu überzeugen wenigstens ihr Wahlrecht wahrzunehmen, und dann, wenn sie sich nicht entscheiden können, ihren Stimmzettel ungültig zu machen.

Rudolf Utesch, Graal-Müritz



Beschluss des Landesparteitages vom 24.09.2011

Für Mindestlöhne, für gute Bildung, für lebensfähige Kommunen – mit aller Kraft für unser Land

Der Landesverband DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern wird in den kommenden fünf Jahren eine konsequente außerparlamentarische und parlamentarische Oppositionsarbeit leisten. Grundlage dafür ist das am 9. April 2011 beschlossene Landeswahlprogramm mit seinen Schlüsselvorhaben.

Der Landesvorstand wird beauftragt, umgehend eine Volksinitiative zur Durchsetzung eines Mindestlohns von 10 Euro pro Stunde bei öffentlichen Aufträgen vorzubereiten.

Darüber hinaus werden wir außerparlamentarische und parlamentarische Initiativen einleiten, um auf der Basis des

10-Punkte-Sofortprogramms einen echten Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern zu ermöglichen.

Diese 10 Punkte sind:

1. Erarbeitung der Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2012/2013 mit der Priorität Bildung; dazu gehört u. a. die Einführung einer Haushaltskennziffer „Bildungsquote“
2. Aufnahme der Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über einen Zukunftsvertrag zwischen Land und Kommunen zur grundlegenden Neugestaltung der Finanzbeziehungen und anschließender Novelle des Finanzausgleichsgesetzes
3. Soforthilfe für die Theater und Orchester
4. das Landesvergabegesetz mit dem Ziel zu novellieren, dass öffentliche Aufträge nur zu Mindestlohnbedingungen von 10 Euro pro Stunde vergeben werden

5. Ausarbeitung und Diskussion eines Programms „MV hat Zukunft: Fachkräfte sichern und sozialen Zusammenhalt fördern“

6. sozial-ökologischen Umbau meistern: Überarbeitung der energiepolitischen Leitlinien des Landes und Vorbereitung eines Darlehensfonds für sozial-ökologische Innovationen

7. Verhandlungen mit dem Bund einleiten zur Übernahme ehemals volkseigener Flächen in das Eigentum des Landes MV

8. Landeskonzessionsprogramm erarbeiten als präventive Strategie zu bevorstehenden Standortschließungen der Bundeswehr

9. Bundesratsinitiative zur Angleichung der Renten in Ost und West

10. Bundesratsinitiative für die Einleitung eines NPD-Verbotsverfahrens

Koalitionsvertrag verabschiedet Ein grauer Tag für M-V

Der gestern unterzeichnete Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU ist ein Sammelsurium aus altbekannten Versprechen und vagen Formulierungen. Die darin festgeschriebenen Vorhaben zeugen von wenig Tatendrang. SPD und CDU werden die nächsten fünf Jahre lediglich damit beschäftigt sein zu „beobachten“, zu „unterstützen“ sowie „Möglichkeiten zu suchen“. Anstatt auf Landesebene zum Beispiel dringend notwendige Maßnahmen zur Integration von Langzeitarbeitslosen einzuleiten, wie zum Beispiel die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse im Land, verweisen die Koalitionspartner hilflos auf den Bund, anstatt sich selbst in die Verantwortung zu nehmen.

Die Gebührenfreiheit für das Erststudium ist gut und wichtig. Das begrüßen wir. Allerdings stellt sich in dem Zusammen-

hang die Frage nach der Gebührenfreiheit für ein Zweitstudium, ein Aufbaustudium und dergleichen mehr. Wer ein Zweitstudium absolvieren muss oder möchte, soll auch dies gebührenfrei tun können. Niemand soll schließlich für ein Weiterlernen und Weiterqualifizieren bestraft werden. Schließlich kommen das Wissen und die Fähigkeiten im Umkehrschluss wieder der Gesellschaft zu Gute. In Anbetracht des drohenden Fachkräftemangels und des Ansatzes des lebenslangen Lernens ist die Erhebung von Studiengebühren insgesamt paradox.

Insgesamt sind viele Ansätze nur halbherzig und unzureichend zu Ende gedacht. Konkrete Maßnahmen sucht man bisweilen vergebens. Zudem sind massive Einschnitte im sozialen- und Bildungsbereich zu verzeichnen. Die Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und

Gleichstellung gibt es nicht mehr und die Politikbereiche Arbeit, Gleichstellung und Soziales sind nun in einem Ministerium zusammengepfropft.

Von einem „Ärmel hochkrepeln und loslegen“ ist nicht mehr als ein selbstbewehräucherndes „Abwarten und Tee trinken“ geworden. Der Koalitionsvertrag ein Zeugnis aus Bequemlichkeit, Ignoranz und Halbherzigkeit.

Er weist zudem erhebliche Formfehler auf. Denn was haben das Zwischenlager Nord am Standort Rubenow/Lubmin, die Verwaltungsvereinfachung, ein Standardöffnungsgesetz, die Freizügigkeit für Asylsuchende sowie Spielerschutz und Suchtprävention im Absatz „Sport“ zu suchen!? (Pressemeldung der LAG Junge Linksfraktion zum Koalitionsvertrag)

Aus dem Landesvorstand

Mit der Fusion der Kreisverbände Bad Doberan und Güstrow ist die Anpassung der Parteistrukturen an die staatlichen Strukturen in M-V fast abgeschlossen. Fehlt noch die Fusion von Rügen, Nordvorpommern und Stralsund. Hier ist der Landesvorstand trotz des Widerstands von Stral-

sund optimistisch, bis zum Jahresende eine Lösung herbeiführen zu können.

Gen. Gerd Walther u.a. haben Einspruch gegen den Ablauf des Güstrower Landesparteitages eingelegt (gescheiterte Abwahl des Landesvorsitzenden). Der Landesvorstand sieht keinen Verstoß gegen

die Regularien der Partei.

Gen. Ralf Malachowski berichtete über die geplante Gründung einer LAG Innerparteiliche Kommunikation.

„Demokratischer Sozialismus und soziale Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der LINKEN“

Rede Stefan Liebichs im Bundestag

Auf dem Erfurter Parteitag hat DIE LINKE ihr Parteiprogramm beschlossen. Es war noch nicht fertig Korrektur gelesen, als sich der Bundestag - auf Verlangen von Union und FDP - in einer Aktuellen Stunde unter dem Titel „Demokratischer Sozialismus und soziale Marktwirtschaft im Grundsatzprogramm der LINKEN“ mit dem Programm befasste. Es war eine an Zwischenrufen und Unsachlichkeiten reiche Debatte, in der für DIE LINKE Stefan Liebich das Wort ergriff. Der Klartext dokumentiert die Rede:

Freiheit. Würde. Solidarität. Das ist unser Programm!

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Linke kämpft für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, (Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Für eine andere?) die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. (Beifall bei der LINKEN - Tankred Schipanski [CDU/CSU]: FDJ-Rede, oder?) So steht es in der Präambel unseres am vergangenen Wochenende in Erfurt beschlossenen Programms, und ich muss Ihnen sagen, mit Blick auf die aktuelle Begrenztheit politischen Einflusses in der Wirtschafts- und Euro-Krise: Wo Sie wie das Kaninchen auf die Schlange starren, wenn es um die Macht der Banken und Finanzmärkte geht, wünsche ich mir nichts mehr als eine genau so organisierte Wirtschaftsordnung. (Beifall bei der LINKEN) Die Tagesordnungen und Zeitpläne nicht nur unseres Parlaments, sondern vieler Parlamente und Regierungen - das durften wir gerade gestern und heute Nacht wieder erleben - werden von Öffnungszeiten und Wünschen der Börsen bestimmt. Wir streiten monatelang um lächerliche Erhöhungen des Arbeitslosengeldes, und dann werden in Windeseile Milliardensummen durch Bundesrat und Bundestag gepeitscht, um die sogenannten Märkte zu beruhigen. Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Pfeiffer, lieber Herr Kurth, hat mit der sozialen Marktwirtschaft, vor die Sie sich hier schützend werfen wollten, nichts, aber auch gar nichts zu tun. (Beifall bei der LINKEN) Wenn ich mir Ihre

Politik ansehe, die spätestens seit dem Schröder/Blair-Papier von 1999, als sich die SPD auf einen dritten Weg aufgemacht hat, um die neue Mitte zu suchen - da, lieber Klaus Barthel, ist der demokratische Sozialismus diskreditiert worden -, zur rot-grünen Politik der Steuersenkung für Besserverdienende, zu Deregulierung da, wo Regulierung nötig war, führte, die mit der Agenda 2010 radikale Einschnitte in die Sozialsysteme durchsetzte und die von der Großen Koalition und der sogenannten christlich-liberalen Regierung fortgesetzt wurde, weiß ich genau, warum unser Land die Linke braucht. (Beifall bei der LINKEN - Dr. Joachim Pfeiffer[CDU/CSU]: Um Gottes willen!) Wenn ich auf Dumpinglöhne und prekäre Beschäftigung schaue, also auf die Zunahme von Jobs, von deren Bezahlung man nicht leben kann, und andererseits auf die Verweigerung der Einführung gesetzlicher Mindestlöhne bei Rot-Grün, bei Schwarz-Rot und nun bei Gelb-Schwarz, dann unterstreiche ich dreimal den Satz aus unserem Programm: Die ungebändigte Freiheit der großen Konzerne bedeutet Unfreiheit für die Mehrheit der Menschen. Dann bin ich stolz darauf, dass es eine Kraft in der Parteienlandschaft unseres Landes gibt, die einen anderen gesellschaftlichen Entwurf vorlegt und damit vielen Menschen in unserem Lande Mut macht. Es muss nicht immer so weitergehen. Es gibt Alternativen. Wir verfolgen - ich zitiere aus unserem Programm - ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben (Zuruf von der CDU/CSU: Das hat in der DDR hervorragend funktioniert!) und die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. (Beifall bei der LINKEN) Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus. (Beifall bei der LINKEN) Ja, wir wollen den demokratischen Sozialismus, und wir stehen dazu, auch wenn schlichte Gemüter aus dem Süden unseres Landes sofort nach dem Verfassungsschutz rufen. Es gibt keinen Artikel im Grundgesetz, der den Kapitalismus für unser Land festschreibt. Hingegen ist in Art. 20 festgelegt, dass unser Land demokratisch und sozial sein soll. Dass es dabei Defizite gibt,

das ist gerade in diesen Wochen zu spüren. „Occupy Wall Street“ heißt übersetzt in linke Parteisprache: Ein funktionierender Finanzsektor ist ein öffentliches Gut, seine Bereitstellung ist daher eine öffentliche Aufgabe. Das finden wir wirklich richtig. (Beifall bei der LINKEN) Nun malen Sie zu Recht die Schreckgespenster untergegangener Staaten an die Wand. Dabei würde ein flüchtiger Blick in unser Programm ausreichen, um festzustellen, dass der demokratische Sozialismus, den wir anstreben, mit den volkseigenen Betrieben der DDR nun wirklich nichts zu tun hat. (Beifall bei Abgeordneten der LINKEN - Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Da endet ihr doch wieder!) Das haben wir in unserem Programm sogar ganz klar zum Ausdruck gebracht: Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel. So steht es in unserem Programm. Das hätten Sie einfach nur nachlesen müssen. (Beifall bei der LINKEN) Es stimmt aber schon, dass wir die Marktmacht großer Konzerne regulieren wollen. Das wollen Sie aber nicht. Deswegen bekommen wir von den großen Konzernen auch keine Spenden. Wir sind die einzige nicht Allianz-gesponserte Partei im Bundestag. Darauf sind wir stolz. Deswegen wiederholen wir das auch so oft. (Beifall bei der LINKEN) Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, wir sind mit unserer Kritik an den bestehenden Verhältnissen an der Seite jener, über die Bertolt Brecht Folgendes formulierte - und das steht auch im Einstieg unseres Programms:

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

Und das mehrmals zerstörte Babylon, Wer baute es so viele Male auf?

Wir wissen, wer es war. (Zuruf von der FDP: Lenin war es!)

„Freiheit. Würde. Solidarität.“ Das ist unser Programm, und darauf sind wir stolz. Ich bedanke mich bei der CDU/CSU-Fraktion und bei der FDP-Fraktion, dass wir dies dem Parlament und der Öffentlichkeit vorstellen konnten. (Anhaltender Beifall bei der LINKEN)



Kurt Kaiser fragt: „Wiern wi in dei DBD all Blockfläuten, orer wat?“

Harwst 1949: „Dat hesst du gaud henkrägen“, säd Ernst Goldenbaum tau mi. - Dei II. Konferenz von dei Demokratischen Buernpartei Düütschlands (DBD), mit ein poor Hunnert Ortsgruppenvörsitter un anner ihrenamtliche Funktionäre, wier just afslaten, dor har hei mi tau sick bestellt, kloppte mi fründlich up dei Schuller un musterte mi mit klore blage Oogen. Mi maakte dat Lob verlägen, ick har doch bos seggt, dat ick ut dei Trümmer bi Heinkel, wo ick einst Bombenflugzeuge buugt har, nu Stein för ein Niebuernhus warben deed för ein glücklich Läden in Freden. Doran har dei Parteivörsitter nu Gefallen fun´n un slög mi vör, Kreisinstrukteur tau warden. Ick verfierte mi un stottert´dat ick up de Niebuernstell von mien Ollen woll ´naug tau daun har. Hei fuchtelte mit sien Händ för mien Näs rümme un sien Stimm wüür bäten indringlicher as vörher: „Ach dat weit ick doch, dat Ackern un Buugen taugliek nich leicht is! Oewer ick denk, du hesst noch ´n jung rüstig Vadder un ´n flietig Mudder, ein Bruut hesst woll ok all un warst bald heuraten. Ji wardt doch woll juch Arbeit up acht Hektar schaffen, wenn du inne Woch poor Mal in´n Kreis Perpedes büst üm uns Ortsgruppen antauleiten, un 250 Mark in´ Monat sünd doch ok nicht tau verachten? Un wenn du mal nich werrer weist un keen Lust mihr hesst, giff mi Bescheid!“

Ick wier überrumpelt, vör allem woll wägen dei 250 Mark Gehalt, denn siet ick ut dei Gefangenschaft nahus kamen wier, har ick kuhm noch ´ne Mark för ´n Eigenbedarf inne Tasch.

Up disse Oort heff ick also Ernst Goldenbaum kennen liert un bün von dei hauptamtlich Arbeit twölf Johr lang nich mihr loskamen. Hen un werrer hefft wi uns denn ok noch mal drapen. Taun Bispill, tau dei Volkskammerwahl im Oktober ´54, wo ick denn Parteivörsitter tau begleiten har. Hei müsst sik as Kandidat in väle Wählerversammlungen vörstellen.

Einmal süll dei Vörstellung up ein grote Kundgebung von mierere Dörper tausamen, mit twei Kandidaten stattfin´n. Dei ein Kandidat wier Erich Mückenberger, Mitglied von SED-Zentralkomitee un dei anner mien DBD-Parteivörsitter. Dor bekeem ick vörweg ´ne Lektion oewer denn Unnerscheid von „Partei der Arbeiterklasse“ un „Partei der Werktätigen Bauern“: Erich un Ernst harn sick tau ein Absprach

oewer de Wahlkundgebung in ein Dörpkraug verafrädt. Goldenbaums Dienstauto-wier ´n „Tatra“ von SKODA, ein tau dei Tied schickes Auto, dat wegen sien Stromlinienform an ein Flugzeug erinnerte. Tatsächlich is ok Flugzeugkonstrukteur Ernst Heinkel mit soen´´Tatra“ in Rostock rümkutschiert. Ick wier nu mächtig stolz näben denn Schafför un unsen „Kolleg´ Goldenbaum“ achtern, wie sik dat gehürt för ´n Chef, in so ein Oldtimer oewert Land tau scheesen. Wi wiern rechtiedig an Urt un Stell un luerten vör ´n Kraug up Kandidat, Genosse Mückenberger. Dei keem denn ok an mit ´n Riesenschläden von Auto, wo uns „Tatra“ woll tweimal rinpasste. Dat wier de sowjetisch´ Typ „Tschaika“, dei entgegenkamende Fohrtüg´ tau´n Anhollen un Platzmaken zwüing, alldiwiel de Släden so breit wier as ´n Panzer. Dorum keem hei woll ok mit Blaulicht, as de Fühwehr anbruust. Achter em noch ´n „Wolga“ mit drei Bodyguard. Dor wür mi klor, wat wi inne DBD doch för armselig Wörm gegenoewer dei allmächtige SED wiern. Ernst Goldenbaum schien dat oewer nicht tau beindrucken un Erich Mückenberger wüsste weckern hei vör sik har. Wil hei in ´n ZK sowat wi ´n Kaderleiter wier, kennte hei denn Kommunisten Goldenbaum sinen Lädenloop bärer as ick, un har respekt. Wat „uns Ernst“ in sien Läden all dörchmakt har, wür mi ierst späerer Stück för Stück bekannt:

1913 bit 1917 Landarbeiter. As Soldat in lersten Weltkrieg verwund´t, nehm denn an dei Novemberrevolution in Schwerin deil. Hei wür 1919 Mitglied von de USPD un denn KPD. Ihrenamtlich bit 1925 Stadtverordneter von Parchim, denn 1932, Landtagsabgeordneter. Industriearbeiter un bit 1932, Redakteur von de KPD-Zeitung „Volkswacht“. 1933 läwte hei as Landwirt in Parchim. Wägen illegale Tätigkeit wür hei von dei Gestapo mihrfach verhaft´ un keem 1944 in ´t KZ Neuengamme. Hei oewerläwte denn Ünnergang von´t Evakuierungsschip „Cap Arcona“ in´ne Lübecker Bucht. Sien dörch Sport un harte Arbeit noch gaude Kondition makten ´t moeglich, dat hei dei por Kilometer dörch dei isige Ostsee bit an´t Land schwemmen künn. Wat wier passiert an dissen 3. Mai 1945? Dei SS wull ok ehre Verbräken in´n KZ Neuengamme vertuschen un dei Häftlinge liquidieren. Dorför charterte sei dei „Cap Arcona“, dat Flaggschiff von

dei Hamburg-Südamerika-Linie un verfrachtet´ dorup dei KZ-Häftlinge. Britische Fleiger versenkten dat Schipp, wobi dei gröttste Deil von 4600 ümt Läden keem. Ob dat taufällig orer ok irrtümlich dörch dei Royal Aerforce passierte, orer einen „Schachtog“ von dei SS wier, dei dormit dat Verbreken denn Tommy anlasten deed, ward woll ni mihr upklort warden. Nah siene Rückkehr na Parchim wür Goldenbaum as Bürgermeister insett, oewer in Harwst 1945 oewernehm hei all denn Geschäftsführerposten von dei Landeskommision „Demokratische Bodenreform“. Ab Januar 1946 gehürte hei noch tau dei KPD-Landesleitung un späeder taun SED-Landesvörstand. 1948 folgte hei denn Parteiupdrach un organisierte dei Gründung von dei Demokratische Buernpartei Düütschlands (DBD), deren Vörsitter hei bit 1982 wier.

Goldenbaums ganzes Sinnen un Trachten deinte besonnens dei Landbevölkerung, deren Wäsen un Sien hei persönlich am besten kennen deed. Siene Upföderung: „Lernt die Politik meistern wie den Pflug!“ un „Mehr Bauern in die Verwaltung“ motivierte dusende Buern inne Republik taun Intritt in dei Buernpartei. Sien Bauk: „Die deutschen Bauern in Vergangenheit und Gegenwart“ wier ein Geschichts- un Liehbauk, dormit de warktätige Buernschaft der DDR ein verlatlich Bündnispartner von dei Arbeiterklass worden is.

In dei letzten Johr´ von siene „Amtstied“ maakte Ernst Goldenbaum dei rasante landwirtschaftliche Entwicklung tau industriellen Grot-LPG taunehmend Schwierigkeiten. Hei wull mihr Oewertüing, Friewilligkeit un hasste Druck. Hei höl nix von „grüne Genossen der DBD“, de ut sin Wark ´ne sozialistisch Parteifiliale von dei SED maken wulln.

Ernst Goldenbaum, ´n Meckelbörger Büffel un Kommunist, dei akurat sienen Parteiupdrach von 1948 erfüllte, oewer nicht tau alls „Ja“ un „Amen“ säd, wiern, solange hei sei führte, kein „Blockfläut!“ 1982 trädt hei nich mihr tau ´n Werrerwahl an. Nah 34 Johr erfolgriekie Partearbeit oewergeef hei dat Stuerrad an sienen Nahfolger Ernst Mecklenburg, dei as langjöhrieger Vörsitter von´n Bezirksverband Rostock, ok all oewer grote Partearführung verfügte un nu för 108 000 Mitglieder dei Verantwortung oewernehm. Dat wohrte fief Johr, dunn wier Günter Maleuda dran, dei ok noch

1989/90 as Präsident von dei Volkskammer fungierte. Dei politische Druck von de West-CDU up denn DBD-Parteivorstand wier grot, sei brukte dei Wählerstimmen von de DBD um för de künftigen Ostländerparlamente eine Regierungschance tau kriegen. Am 25. Juni 1990 wür die „Zwangsvereinigung“ mit dei CDU vulltreckt. Wat dei Westparteien ümmer werrer dei SED anlast hemm, dei Vereinigung ahn Mitgliederbefragung dörchführt

tau hebben, makte jetzt dei CDU nu ok. Günter Maleuda trädt trög, denn hei meinte dat ümmer iehrlich mit linke Politik as „Bündnispartner der Arbeiterklasse, unter Führung der SED“ Nu künn dei Kolleg Ulrich Junghanns noch amtieren, dei as Bezirksvorsitter von Berlin, am 3. Juli 1989 noch dei Berliner Muer verteidigte: „Was die Mauer betrifft, so lassen wir uns nicht deren Schutzfunktion ausreden – ganz einfach, weil wir den Schutz spüren vor

all dem, was hinter der Mauer an brauner Pest wuchert.“ Oewer nu makte hei bi dei CDU Karriere: 1990 Landesvorstand Brandenburg, 1990 bis 92: Bundesvorstand. 2007 Landesvorsitter der CDU Brandenburg. 1990 bis 98 Deutscher Bundestag. Hier is woll ut ´ne Blockfläut ´ne CDU-Piep worn! Dat mein ick, Kurt Kaiser, Mitglied der DBD seit 1948, als Mitglied des Bezirksvorstandes Rostock im Juni 1990 ausgetreten.

Termine aus HRO, GÜ und DBR

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Montag, 14. November 2011	18:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 15. November 2011	19:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Mittwoch, 16. November 2011	8:00 Uhr	Landesweiter Aktionstag 10 Jahre Afghanistan	Schwerin	Schloss
Mittwoch, 16. November 2011	14:00 Uhr	Infostand zum Afghanistankrieg	Güstrow	Borwinbrunnen
Mittwoch, 16. November 2011		10 Jahre Afghanistankrieg - großer Aktionstag in Rostock	Rostock	Neuer Markt
Donnerstag, 17. November 2011	18:30 Uhr	Fraktionssitzung	Güstrow	Kreisverwaltung
Samstag, 19. November 2011	10:00 Uhr	Geschichtskonferenz	Grevesmühlen	Malzfabrik
Dienstag, 22. November 2011	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 23. November 2011	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 24. November 2011	13:00 Uhr	Sitzung ISOR	Rostock	Stephanstraße 17
Donnerstag, 24. November 2011	9:00 Uhr	Info-Mobil zur Theatertour	Güstrow	vor Hotel "Stadt Güstrow"
Montag, 28. November 2011	18:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 29. November 2011	15:00 Uhr	AG Geschichte	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 29. November 2011	15:00 Uhr	Sitzung der IG Entrüstung	Rostock	Stephanstraße 17
Montag, 5. Dezember 2011	18:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 6. Dezember 2011	17:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Mittwoch, 7. Dezember 2011	16:00 Uhr	Bürgerschaftssitzung	Rostock	Rathaus
Mittwoch, 7. Dezember 2011	15:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher		Stephanstraße 17
Montag, 12. Dezember 2011	18:00 Uhr	Sitzung der Fraktion DIE LINKE	Rostock	Rathaus
Dienstag, 13. Dezember 2011	18:00 Uhr	Kreisvorstandssitzung	Kritzkow	Bowlinggaststätte
Dienstag, 13. Dezember 2011	20:00 Uhr	Junge LINKE. Stammtisch	Rostock	Ulmenstraße 38
Donnerstag, 15. Dezember 2011	18:00 Uhr	Dankeschönveranstaltung	Kreisvorstand Alt-Güstrow	
Dienstag, 20. Dezember 2011	16:00 Uhr	Sitzung Kreisvorstand	Rostock	Stephanstraße 17
Dienstag, 20. Dezember 2011	16:00 Uhr	Sitzung der Stadtteilsprecher	Rostock	Stephanstraße 17



Schlechte Verlierer?

Im Rundfunk wurde mit verhohlener Wonne die Aussage eines Redners auf dem außerordentlichen Parteitag gesendet, dass die Linke, weil sie nicht in die Koalition aufgenommen wurde, nun mit aller Kraft Opposition betreiben will und mit ihren Forderungen „die SPD vor sich her treiben!“ werde. So hat uns der Gegner gern. Wäre es nicht besser gewesen, wir hätten uns unseren Ärger über die Niederlage nicht so deutlich anmerken lassen und lieber erklärt:

„Nun gut, wir haben in der Geschichte gelernt, dass die Führer der SPD kapitalhörige Parteien nicht immer durchschauen. Da kann der Fall eintreten, dass sie uns brauchen. Sollten sie mit den Zielen, die sie sich gestellt haben, bei der CDU nicht durchkommen, werden wir zur Stelle sein.“ So eine Einstellung der Linken zur SPD vermisste ich seit der Wende. Hat unser Parteitagsredner nicht gelernt oder vergessen, warum 1930-33 die Aktionsgemeinschaft der Linken gegen Hitler nicht zustande kam? Stalinistisches Denken war schuld daran! Ein schlechtes Rezept war auch die halb erzwungene Vereinigung von 1946 und deren diktatorische Folgen. Ehe wir das und manch andere Reste stalinistischen Denkens nicht überwinden, können wir das Vertrauen der breiten Masse von

aufgeweckten Wählern, das wir besonders in den letzten Jahren der SED verloren haben, nicht wiedergewinnen.

Wir brauchen nicht die Vormundschaft gegenüber der SPD, sondern die politische Aktionseinheit mit ihr. Wenn ich fast gleichzeitig hören muss, dass die CDU-Vorsitzende vor der Kamera der ARD „Bestrafung“ eines anderen Staates fordert, wenn er die Forderungen der EU nicht erfüllt, dann weiß ich als Zeuge der Nazi-Zeit, was die Glocke geschlagen hat. Da mag unsere Linke statt 1,5 noch 15 Prozent Wähler mehr gewinnen, sie wird dem aggressiven Treiben des Großkapitals nicht allein Einhalt gebieten können. Unser Ziel kann es also nicht sein, die SPD „vor uns her treiben“ zu wollen. Sie ist nicht unser Feind, es ist das Großkapital und seine falschen Propheten, die wir gemeinsam mit der SPD nicht nur vor uns her, sondern nachhaltig aus dem Tempel treiben müssen.

Es wird also in der nächsten Zeit gottseidank nicht mehr um Pöstchen im kapitalistischen Parlamentarismus, sondern um unsere sozialistische Sache gehen.

Günter Brock

Dorothee Barndt

Seit über 40 Jahren engagiert sich Dorothee Barndt aus Rostock-Lütten Klein ehrenamtlich für ihre Mitbürger. Sie blickt auf ein erfülltes Leben zurück. Gerne würde sie Erlebtes niederschreiben und mit vielen Leserinnen und Lesern teilen. Wer will ihr dabei behilflich sein? Mit anderen Worten: Dorothee sucht einen Ghostwriter. Wenn sich von unseren Leserinnen und Lesern jemand hierzu berufen fühlt, stellen wir gerne einen Kontakt her. Ruft einfach im Rostocker Kreisvorstand an: Tel. 0381-4920012.

Dorothee bietet auch weiterhin ihre Sozialberatung an, künftig im Kreisvorstand in der Stephanstraße. Termine nach Vereinbarung unter der o.g. Telefonnummer.



Profiteure der Krise zur Kasse!

Up un Dal



Gewinner:

Wolfgang Methling und Frank Jegust. Wolfgang wurde zum Vizepräsidenten des Kreistages im Landkreis Rostock gewählt, Frank zum neuen Kreisvorsitzenden der LINKEN im Landkreis. Der Klartext wünscht viel Glück!

Verlierer:

Sachsen entwickelt sich nach über 20 Jahren CDU-Herrschaft in Richtung autoritärer Polizeistaat. Mit allen Mitteln und gegen geltendes Recht wird der Kampf gegen den Neofaschismus unterdrückt. Der Gipfel: Mit den Stimmen der NPD wird die Immunität von LINKE-Abgeordneten aufgehoben, weil sie sich den Nazis in den Weg stellen. Das macht die Sachsen leider zu Verlierern.

Zitat der Woche

„Jeder Politiker kennt einen Journalisten, auf dessen Indiskretion er sich verlassen kann.“

Robert Lembke (dt. TV-Moderator, 1913-1989) zur aktuellen Personaldebatte in der LINKEN.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Wer tritt für DIE LINKE zur OB-Wahl in Rostock an?
2. Wie viele Delegierte stimmten auf dem Erfurter Parteitag gegen das Parteiprogramm?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Rostocker Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 30.11.2011.